
Zürcher Studien zum öffentlichen Recht

Herausgegeben im Auftrag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich
von G. Biaggini, T. Gächter, A. Griffel, T. Jaag, C. Kaufmann, H. Keller, A. Kley, G. Müller,
H. Rausch, M. Reich, D. Thürer, F. Uhlmann und B. Weber-Dürler

Raphael Martin Stoll

Kommunalleasing

Die öffentliche Hand als Leasingnehmerin
am Beispiel von Bund und Kanton Zürich

Schulthess § 2008

Inhaltsverzeichnis

(Die Ziffern beziehen sich auf die Seitenzahlen)

Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis.....	XXXIX
Materialien.....	LXIII
Kapitel 1: Grundlagen.....	3
§ 1 Einleitung.....	3
A. Suche nach Handlungsalternativen	3
B. Praktische Bedeutung des Kommunalleasings	4
I. Zahlen	4
II. Hintergründe.....	5
III. Auswirkungen.....	6
C. Zielsetzung und Gegenstand der Arbeit.....	6
I. Zielsetzung	6
II. Gegenstand und Abgrenzung	6
§ 2 Leasing im Allgemeinen	8
A. Vorbemerkung.....	8
B. Grundmuster, Erscheinungsformen und Arten	8
I. Grundmuster.....	8
II. Erscheinungsformen.....	9
III. Arten des Finanzierungsleasings	10
C. Wirtschaftliche Funktion des Finanzierungsleasings	13
D. Rechtsnatur des Finanzierungsleasings.....	14

E.	Ausgewählte Fragestellungen zum Finanzierungsleasing	15
I.	Sachenrechtlicher Status und Unterhalt des Leasingobjekts	15
II.	Pflichten des Leasinggebers	16
III.	Gefahrtragung und Haftung.....	16
IV.	Beendigung des Leasingvertrags.....	17
V.	Drittverwendungsfähigkeit.....	18
	1. Problematik und Begriffe.....	18
	2. Qualifikation der Drittverwendungsfähigkeit als faktische oder rechtliche Schranke	21
§ 3	Kommunalleasing im Besonderen.....	22
A.	Leasing mit Beteiligung der öffentlichen Hand.....	22
I.	Begriff der öffentlichen Hand	22
II.	Stellung der öffentlichen Hand.....	24
	1. Die öffentliche Hand als Leasingnehmerin.....	24
	2. Exkurs: Die öffentliche Hand als Leasinggeberin	25
B.	Arten des Kommunalleasings	25
§ 4	Kommunalleasing im Schnittbereich von Privatisierung und Public Private Partnership.....	27
A.	Privatisierung	27
I.	Begriff und Formen der Privatisierung	27
	1. Begriff	27
	2. Formen der Privatisierung im Allgemeinen.....	28
	3. Finanzierungsprivatisierung im Besonderen.....	29
	a. Ausgangslage	29
	b. Äquivalenzfinanzierung.....	30
	c. Finanzierungsprivatisierung i.e.S.....	30

II.	Kommunalleasing als möglicher Anwendungsfall der Aufgabenprivatisierung im Bereich der Bedarfsverwaltung.....	32
1.	Kommunales full service leasing als Anwendungsfall der Aufgabenprivatisierung.....	32
2.	Qualifikation der Privatisierung im Falle eines kommunalen full service leasing	32
a.	Differenzierung der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen einer Privatisierung nach Art der privatisierten Aufgabe.....	32
b.	Kommunales full service leasing als Anwendungsfall einer Privatisierung von Tätigkeiten der Bedarfsverwaltung	33
3.	Rechtliche Besonderheiten der Privatisierung im Falle eines kommunalen full service leasing	35
a.	Rechtsgrundlage.....	35
b.	Wahrung der öffentlichen Interessen und Beachtung des Verhältnismässigkeitsgebots.....	39
c.	Privatisierung und öffentliches Beschaffungswesen	41
d.	Haftung	43
e.	Weitere Voraussetzungen und Rahmenbedingungen	45
III.	Kommunalleasing als Anwendungsfall der Finanzierungsprivatisierung	48
B.	Public Private Partnership	48
I.	Begriff und Formen der Public Private Partnership.....	48
1.	Begriff	48
2.	Formen der PPP	50
a.	Systematisierungsversuche	50
b.	Überschneidung mit bestehenden Zusammenarbeitsformen zwischen Gemeinwesen und Privaten	52
II.	Rechtsfragen im Zusammenhang mit der PPP.....	53
III.	Kommunalleasing als Anwendungsfall einer PPP.....	55
§ 5	Zusammenfassung	56

Kapitel 2: Öffentliches Sachenrecht.....	61
§ 6 Fragestellung und Ausgangslage.....	61
§ 7 Öffentliche Sachen i.w.S.....	61
A. Allgemeines.....	61
I. Begriff und Gliederung	61
II. Arten	62
1. Finanzvermögen.....	62
2. Verwaltungsvermögen	62
3. Öffentliche Sachen im Gemeingebrauch	63
III. Vorbehalt zugunsten des kantonalen öffentlichen Rechts	63
IV. Öffentliche Sachen i.w.S. als Objekte eines Kommunalleasings	64
1. Grundsatz	64
2. Einschränkungen	65
a. Rechtliche Eigenheiten des Leasings im Allgemeinen	65
b. Drittverwendungsfähigkeit im Besonderen	65
B. Anwendbares Recht	67
I. Finanzvermögen	67
II. Verwaltungsvermögen und öffentliche Sachen im Gemeingebrauch.....	67
1. Grundsatz	67
2. Vorbehalt zugunsten des kantonalen öffentlichen Rechts.....	69
III. Kommunalleasing als privatrechtliches Rechtsgeschäft ..	70
§ 8 Staatliche Verfügungsgewalt über öffentliche Sachen i.w.S... 71	71
A. Ausgangslage	71
I. Rechtsstellung des Inhabers beschränkter dinglicher und obligatorischer Rechte.....	71
II. Relativierung	73

III.	Resultierende Fragestellung	74
B.	Rechtliche Grundlagen staatlicher Verfügungsgewalt	75
I.	Eigentum, beschränkte dingliche oder obligatorische Rechte an öffentlichen Sachen i.e.S.	75
II.	Eigentum, beschränkte dingliche oder obligatorische Rechte an Finanzvermögen	76
C.	Staatliche Verfügungsgewalt aufgrund obligatorischer Rechte im Besonderen	78
I.	Staatliche Verfügungsgewalt aufgrund obligatorischer Rechte als Ausnahmefall?	78
II.	Staatliche Verfügungsgewalt aufgrund langfristiger Mietverträge	79
III.	Vergleichbarkeit von langfristiger Miete und Leasing	80
D.	Vielzahl möglicher Beschaffungsvarianten	81
I.	Pflichtgemäßes Ermessen bei der Auswahl zwischen mehreren Beschaffungsvarianten	81
II.	Kriterien für die pflichtgemäße Ausübung des Ermessens	82
1.	Grundsätzliche Eignung zur Aufgabenerfüllung	82
2.	Weitere Kriterien.....	83
§ 9	Pfändbarkeit und Verpfändbarkeit öffentlicher Sachen.....	85
A.	Ausgangslage	85
B.	Öffentliche Sachen im Eigentum des Gemeinwesens	85
I.	SchGG und bundesgerichtliche Rechtsprechung	85
II.	Stellungnahme der Doktrin	87
C.	Öffentliche Sachen i.e.S. im Eigentum Privater	88
I.	Bundesgerichtliche Rechtsprechung im Allgemeinen	88
II.	Präzisierung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung....	89
III.	Übrige Rechtsprechung und Doktrin.....	93

D.	Exkurs: Verfügungsgewalt des privaten Eigentümers öffentlicher Sachen.....	94
I.	Fragestellung	94
II.	Beschränkte dingliche oder obligatorische Rechte an öffentlichen Sachen im Eigentum des Gemeinwesens.....	94
III.	Beschränkte dingliche oder obligatorische Rechte an öffentlichen Sachen im Eigentum Privater.....	95
E.	Würdigung.....	96
I.	Zugrundeliegende Fragestellung	96
II.	Einordnung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung zur (Ver-)Pfändung öffentlicher Sachen im Eigentum Privater	98
III.	Würdigung von Doktrin und Rechtsprechung zur (Ver-)Pfändung öffentlicher Sachen im Eigentum Privater	98
IV.	Verfügungsgewalt des privaten Eigentümers öffentlicher Sachen.....	102
§ 10	Zusammenfassung	102
Kapitel 3:	Finanzreferendum.....	105
§ 11	Ausgangslage	105
A.	Fragestellung	105
B.	Verhältnis von kantonalem und eidgenössischem Recht....	105
§ 12	Das Finanzreferendum im Allgemeinen	107
A.	Bundesgerichtliche Rechtsprechung.....	107
I.	Neue und gebundene Ausgaben	107
1.	Im Allgemeinen.....	107
2.	Mehrheit möglicher Beschaffungsvarianten im Besonderen	108
II.	Einmalige und wiederkehrende Ausgaben.....	110
1.	Ausgangslage	110

2. Rechtsprechung.....	111
III. Zusammentreffen verschiedener neuer Ausgaben	112
1. Im Allgemeinen.....	112
2. Zusammentreffen von wiederkehrenden und einmaligen Ausgaben im Besonderen.....	114
IV. Rechtsprechung zur referendumsrechtlichen Behandlung des Kommunalleasings	115
B. Stellungnahme von Doktrin und kantonaler Rechtsprechung	115
I. Vorbemerkung.....	115
II. Neue und gebundene Ausgaben	115
III. Einmalige und wiederkehrende Ausgaben	117
1. Einmalige Ausgabe	117
2. Wiederkehrende Ausgabe	118
3. Beschränkte Anzahl periodischer Ausgaben	119
a. Zugrundeliegende Fragestellung.....	119
b. Verschiedene Lehrmeinungen	119
4. Mindestanzahl periodischer Ausgaben?	123
IV. Zusammentreffen mehrerer neuer Ausgaben	124
1. Zusammentreffen gleichartiger Ausgaben.....	124
a. Im Allgemeinen	124
b. Nachträgliche Zusammenrechnung	128
2. Zusammentreffen von wiederkehrenden und einmaligen Ausgaben im Besonderen.....	130
V. Doktrin zur referendumsrechtlichen Behandlung des Kommunalleasings	132
§ 13 Das Finanzreferendum im Kanton Zürich.....	132
A. Finanzreferendum auf kantonal-zürcherischer Ebene	132
I. Allgemeine Rechtsgrundlagen	132
1. Bisherige Rechtslage.....	132

2. Gesetz über Controlling und Rechnungswesen	134
II. Definition von neuen und gebundenen Ausgaben.....	135
1. Neue und gebundene Ausgaben im Allgemeinen.....	135
a. Definition des Gesetzgebers	135
b. Stellungnahme des Bundesgerichts.....	136
c. Revidiertes Finanzhaushaltsrechts	138
2. Neue und gebundene Ausgaben im Bereich der Beschaffung von Immobilien im Besonderen.....	139
a. Definition des Gesetzgebers	139
b. Stellungnahme des Bundesgerichts.....	140
c. Revidiertes des Finanzhaushaltsrechts.....	142
B. Finanzreferendum auf kommunal-zürcherischer Ebene	143
§ 14 Würdigung und Ausblick.....	145
A. Ausgangslage	145
B. Kommunalleasing als Grundlage neuer oder gebundener Ausgaben.....	145
I. Kommunalleasing auf kommunal-zürcherischer Ebene	145
II. Kommunalleasing auf kantonal-zürcherischer Ebene....	146
1. Nach geltendem Recht	146
2. Nach der Revision des Finanzhaushaltsrechts	149
C. Kommunalleasing als Grundlage einmaliger und wiederkehrender Ausgaben.....	150
I. Vorbemerkung.....	150
II. Qualifikation der Leasingzinsen.....	150
III. Qualifikation und finanzdemokratische Behandlung einer Option.....	154
1. Ausgangslage und Problemstellung	154
2. Grundsatz: Keine Zusammenrechnung von Ausgaben für Leasingzins und Optionsausübung....	154

3. Ausnahme: Zusammenrechnung von Ausgaben für Leasingzins und Optionsausübung	157
a. Zwei Ausnahmefälle	157
b. Art und Weise der Zusammenrechnung	159
D. Ausblick: Projekt der Einführung eines Finanzreferendums für den Bund.....	161
§ 15 Zusammenfassung	162
Kapitel 4: Submissionsrecht.....	165
§ 16 Thematische Eingrenzung.....	165
§ 17 Qualifikation des Kommunalleasings im Allgemeinen	165
A. Fragestellung	165
B. Gemischter Auftrag im Allgemeinen.....	165
I. Gesamtheitliche Qualifikation des gemischten Auftrags	165
1. Notwendigkeit einer gesamtheitlichen Qualifikation	165
2. Art und Weise der gesamtheitlichen Qualifikation... 166	
a. Materialien	166
b. Rechtsprechung der BRK	166
c. Übrige Rechtsprechung und Lehre	167
II. Voraussetzungen eines gemischten Auftrags.....	169
III. Gesamtheitliche Qualifikation des gemischten Auftrags im europäischen Vergaberecht	170
1. Vorbemerkung.....	170
2. Rechtsprechung des EuGH	170
3. Doktrin	172
4. Neue Vergaberichtlinien	173
IV. Zwischenergebnis.....	174
1. Umstrittene Rechtslage in der Schweiz	174

2. Europakompatibilität.....	174
C. Qualifikation des Kommunalleasings im schweizerischen Vergaberecht	175
I. Kommunalleasing als Lieferauftrag	175
II. Kommunalleasing als Dienstleistungsauftrag	175
1. Beschaffungsaspekt des Kommunalleasings an Immobilien	175
2. Finanzierungsaspekt des Kommunalleasings	176
III. Kommunalleasing als Bauauftrag	176
D. Qualifikation des Kommunalleasings im europäischen Vergaberecht	177
I. Kommunalleasing als Lieferauftrag	177
II. Kommunalleasing als Dienstleistungsauftrag	178
III. Kommunalleasing als Bauauftrag	180
1. Rechtsprechung des EuGH	180
2. Doktrin	180
E. Kantonales Submissionsrecht	182
F. Zusammenfassung und Würdigung	183
I. Einfluss des europäischen Vergaberechts auf das schweizerische Vergaberecht	183
II. Kommunalleasing als Lieferauftrag	184
III. Kommunalleasing als Dienstleistungsauftrag	184
1. Beschaffungsaspekt des Kommunalleasings	184
2. Finanzierungsaspekt des Kommunalleasings	185
a. Finanzdienstleistungselement des Kommunalleasings ..	185
b. Erfassung des Finanzdienstleistungselements durch das Vergaberecht.....	185
IV. Kommunalleasing als Bauauftrag	187

V.	Gesamtheitliche Qualifikation der verschiedenen Auftragselemente des Kommunalleasings	188
1.	Kommunalleasing an Mobilien.....	188
2.	Kommunalleasing an Immobilien.....	190
a.	Kommunalleasing an bestehenden resp. standortgebundenen Liegenschaften und Gebäuden.....	190
b.	Kommunalleasing an neu zu errichtenden resp. standortungebundenen Gebäuden	192
VI.	Würdigung des Nebeneinanders verschiedener Methoden zur gesamtheitlichen Qualifikation gemischter Aufträge	193
1.	Gefestigte Lehre und Rechtsprechung	193
2.	Problematik	193
3.	Lösungsansatz de lege ferenda.....	194
§ 18	Qualifikation des full service leasing im Besonderen.....	195
A.	Problemstellung.....	195
B.	Kombinierte und getrennte Ausschreibung von Aufträgen im Allgemeinen	196
I.	Rechtliche Grundlagen	196
II.	Auslegung durch Lehre und Praxis	197
1.	Trennungsverbot	197
a.	Inhalt und Gegenstand	197
b.	Gründe für die getrennte Ausschreibung von Aufträgen	200
c.	Zusammenfassung und Würdigung	202
2.	Spezialfall der Realisierung eines Bauwerkes	203
3.	Kombinierte Ausschreibung von Aufträgen	204
a.	Begriffsbestimmung und Abgrenzung	204
b.	Praxis und Lehre zur kombinierten Ausschreibung von Aufträgen	204
c.	Würdigung	206

III.	Full service leasing im Besonderen.....	208
1.	Unterhalt des Leasingobjekts als Bestandteil eines gemischten Auftrags	208
2.	Full service leasing als Gesamtauftrag	209
a.	Im Allgemeinen	209
b.	Full service leasing an einem Bauwerk im Besonderen.....	210
3.	Kombinierte Ausschreibung der Unterhaltsleistungen zusammen mit der Güterbeschaffung resp. -finanzierung	210
C.	Zusammenfassung.....	211
§ 19	Auftragswert des Kommunalleasings	211
A.	Grundsatz	211
B.	Leasingraten	212
I.	Bundesrecht	212
1.	Kommunalleasing in der Form des Dienstleistungs- und Lieferauftrags	212
a.	Art. 15 VoeB und Art. II Ziff. 5 GPA.....	212
b.	Würdigung	213
2.	Kommunalleasing in der Form des Bauauftrags.....	214
II.	Kantonales Recht.....	215
1.	Kommunalleasing in der Form des Dienstleistungs- und Lieferauftrags	215
2.	Kommunalleasing als Bauauftrag	216
III.	Spezialfall des full service leasing	216
C.	Optionen.....	217
I.	Optionen im Allgemeinen	217
1.	Wertberechnung	217
2.	Exkurs: Grenze der Zulässigkeit von Optionen.....	218
II.	Kommunalleasing im Besonderen.....	219

D. Zusammenfassung.....	221
Kapitel 5: Haftung.....	223
§ 20 Fragestellung und Abgrenzung	223
§ 21 Kausalhaftungstatbestände ausserhalb der allgemeinen Staatshaftungserlasse.....	226
A. Haftung des Staates als Grund- und Werkeigentümer	226
I. Allgemeines.....	226
II. Grundeigentümerhaftung.....	226
III. Werkeigentümerhaftung	228
1. Ausgangslage	228
2. Bundesgerichtliche Rechtsprechung	228
a. Im Allgemeinen	228
b. BGE 121 III 448 und daran anschliessende Rechtsprechung im Besonderen.....	231
3. Übrige Rechtsprechung und Doktrin	233
4. Haftpflicht des Strasseneigentümers im Besonderen	237
5. Würdigung und Ausblick	237
a. Würdigung	237
b. De lege ferenda	241
B. Weitere Kausalhaftungstatbestände	242
I. Tierhalterhaftpflicht.....	242
II. Strahlenschutzgesetz.....	244
C. Reform-Vorentwurf 2000 für die Revision und Vereinheitlichung des Haftpflichtrechts	245
I. Allgemeines	245
II. Haftungsgründe der Kausalhaftungstatbestände	245
1. Grundeigentümerhaftung	245

2. Tierhalterhaftpflicht	246
3. Werkeigentümerhaftung.....	247
4. Strahlenschutzgesetz	248
§ 22 Gefährdungshaftungstatbestände	248
A. Sachbeziehung als Haftungsvoraussetzung	248
B. Anforderungen an die Sachbeziehung als Haftungsvoraussetzung	249
I. Die Haftungsgründe der Gefährdungshaftung im Allgemeinen	249
II. Motorfahrzeugleasing im Besonderen	250
1. Grundsatz	250
2. Spezialfall des full service leasing	251
III. Weitere Gefährdungshaftungstatbestände.....	252
1. Generell-abstrakte Umschreibung des Haftpflichtigen	252
2. Die Passivlegitimation des Kommunalleasingnehmers im Besonderen.....	253
C. Reform-Vorentwurf 2000 für die Revision und Vereinheitlichung des Haftpflichtrechts	254
I. Ausgangslage.....	254
II. Haftungsgründe der Generalklausel	255
III. Haftungsgründe der spezialgesetzlichen Gefährdungshaftungstatbestände.....	255
IV. Passivlegitimation des Kommunalleasingnehmers im Besonderen	256
§ 23 Allgemeine Staatshaftung.....	257
A. Anwendungsbereich der Staatshaftungserlasse von Bund und Kanton Zürich	257
B. Anknüpfungssachverhalt der Staatshaftungserlasse	258

C.	Haftungsgründe	259
I.	Ausgangslage.....	259
II.	Haftungsgründe ausserhalb der Staatshaftungserlasse von Bund und Kanton Zürich	259
III.	Haftungsgründe in den Staatshaftungserlassen von Bund und Kanton Zürich	262
1.	Qualifikation der Staatshaftungserlasse von Bund und Kanton Zürich	262
2.	Haftungsgründe der Staatshaftungserlasse von Bund und Kanton Zürich.....	263
3.	Würdigung.....	264
IV.	Die Passivlegitimation des Kommunalleasingnehmers im Besonderen	269
D.	Reform-Vorentwurf 2000 für die Revision und Vereinheitlichung des Haftpflichtrechts	270
I.	Ausgangslage.....	270
II.	Auswirkungen der Revision auf die Haftungsgründe des allgemeinen Staatshaftungsrechts	270
1.	Einfluss der Revision auf die kantonalen Staatshaftungserlasse	270
2.	Auswirkungen der Revision auf das Verantwortlichkeitsgesetz des Bundes	271
§ 24	Zusammenfassung	271
 Kapitel 6: Wirtschaftlichkeit.....		275
§ 25	Vorbemerkung	275
§ 26	Wirtschaftlichkeit im öffentlichen Recht	275
A.	Rechtsgrundlagen und Begriffe	275
I.	Rechtsgrundlagen	275
II.	Begriffe.....	276
1.	Wirtschaftlichkeit.....	276

2. Sparsamkeit	277
B. Methoden der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung	278
I. Schweigen des Gesetzgebers	278
II. Mögliche Methoden	279
1. Nutzen-Kosten-Analyse	279
2. Zielerreichungsmatrix	280
3. Leitfaden Wirtschaftlichkeit	281
a. Vorbemerkung	281
b. Verfahren gemäss Leitfaden Wirtschaftlichkeit	282
4. Verwaltungsinterne Richtlinien zum Kommunalleasing auf eidgenössischer Ebene	283
5. Weitere Vergleichsmethoden	284
III. Wirtschaftlichkeit der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung	284
IV. Würdigung	285
§ 27 Wirtschaftlichkeit des Kommunalleasings im Besonderen ..	288
A. Vorbemerkung	288
B. Steuerrecht	289
I. Gewinnsteuer	289
1. Gewinnsteuerrechtliche Behandlung des Leasings unter Privaten	289
a. Vorbemerkung	289
b. Buchmässige Behandlung des Leasings	290
c. Gewinnsteuerrechtliche Behandlung	293
2. Gewinnsteuerrechtliche Behandlung des Kommunalleasings	295
a. Grundsatz der Steuerbefreiung	295
b. Sonderfall der Steuerpflicht der öffentlichen Hand	296
II. Grundsteuer	297
1. Besteuerung von Liegenschaften des Bundes	297

2.	Kantonale Grundstücksgewinnsteuer	297
3.	Kantonale Handänderungs- und Liegenschaftensteuer	299
III.	Mehrwertsteuer	300
IV.	Spezialfall des staatlichen full service leasing	301
V.	Zusammenfassung	303
C.	Finanzierung	304
I.	Ausgangslage und Problemstellung	304
1.	Staatliche Finanzquellen	304
a.	Staatliche Einnahmen im Allgemeinen	304
b.	Fremdfinanzierung des Staates im Besonderen	304
2.	Kommunalleasing	305
II.	Quantitative Aspekte der Leasingfinanzierung	306
1.	Kommunalleasing im Vergleich mit der Eigenfinanzierung	306
2.	Kommunalleasing im Vergleich mit anderen Formen der Fremdfinanzierung	307
a.	Im Allgemeinen	307
b.	Forfaitierung	310
III.	Weitere quantitative und qualitative Aspekte der Leasingfinanzierung	312
1.	Schonung von Liquidität und Eigenmitteln	312
a.	Ausgangslage	312
b.	Schonung der Liquidität	312
c.	Schonung der Eigenmittel	314
2.	Pay-as-you-earn/Pay-as-you-use	314
3.	Einfluss auf Haushaltskennziffern	316
4.	Weitere qualitative Aspekte	317
IV.	Zusammenfassung	317

D. Steigerung von Effizienz und Effektivität durch Privatisierung	319
E. Drittverwendungsfähigkeit.....	320
F. Weitere qualitative Aspekte	321
1. Vorbemerkung.....	321
2. Einzelne Aspekte.....	321
G. Exkurs: Staatsbeiträge.....	325
I. Vorbemerkung.....	325
1. Fragestellung	325
2. Arten des Finanzausgleichs.....	326
II. Eidgenössisches Recht	326
1. Indirekter Finanzausgleich im Allgemeinen	326
2. Revidierter Finanzausgleich im Besonderen	328
III. Indirekter Finanzausgleich nach kantonal-zürcherischem Recht	329
1. Investitionsbeiträge	329
2. Staatsbeiträge	331
3. Revision des kantonalen Finanzausgleichs.....	332
IV. Würdigung.....	333
§ 28 Zusammenfassung	335
Kapitel 7 und	337
§ 29 Schlussbetrachtung und Ausblick.....	337